

Zeitschrift:	Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie
Herausgeber:	Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie
Band:	60 (1953)
Heft:	4
Rubrik:	Handelsnachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zelnen Ländern überläßt, nationale Werbungen für die Seide durchzuführen, wofür sie aber die Mittel zur Verfügung stellt. Neuerdings haben auch die Baumwollindustrien verschiedener europäischer Länder die gemeinsame Förderung des Baumwollgewebe-Absatzes beschlossen.

Durch all diese Gemeinschaftswerbungen soll das Interesse für Textilien beim Verbraucher geweckt werden, was bestimmt nur zu begrüßen ist. Unter allen Umständen muß aber vermieden werden, daß die verschiedenen Propaganda-Aktionen der einzelnen Textilsparren nicht in einen «Bruderkrieg» ausarten, an dem niemand interessiert sein könnte. Schließlich geht es doch darum, die Absatzmöglichkeiten für Textilien im allgemeinen zu erweitern, und nicht darum, eine Faser gegen die andere auszuspielen.

Haben wir nicht ähnliche Sorgen? — Die deutsche «Textil-Zeitung» vom 28. Februar 1953 ist davon überzeugt, daß eine weitere Steigerung des deutschen Textilexportes unbedingt notwendig sei, was aber eine aktive Handelspoli-

tik voraussetze. Sie schreibt unter anderem: «Maschinen und andere Investitionsgüter könne jeder verkaufen, aber beispielsweise Seidenstoffe abzusetzen, das sei die Kunst. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die deutsche Handelspolitik bei ihren Verhandlungen mit dem Auslande zu sehr den Weg des geringsten Widerstandes gehe, zu wenig also bemüht sei, die Ausfuhr jener Waren, im besonderen Textilien, zu fördern oder durchzusetzen, bei denen das Ausland in aller Regel weniger aufnahmefähig, wenn nicht völlig ablehnend ist. Eine lebensnähere Handelspolitik ist eine dringliche Forderung der exportwilligen und ihrer Leistung nach exportfähigen deutschen Textilindustrie.»

Hat die schweizerische Textilindustrie im Verkehr mit einzelnen Ländern nicht auch ähnliche Sorgen? Andererseits stellen wir mit Befriedigung fest, daß die schweizerische Handelspolitik auch schon Erfolge errungen hat, die den Deutschen versagt blieben.

Handelssnachrichten

Handelspolitische Bemerkungen. — In der letzten Nummer der «Mitteilungen» wiesen wir darauf hin, daß Indien seit langem, mit Ausnahme der Schweiz, keine Einfuhrlizenzen für Rayontextilien mehr erteilt hat. Bei der Beurteilung der künftigen Absatzmöglichkeiten für die schweizerischen Gewebe wurde hervorgehoben, daß bei der Eröffnung von Globallizenzen für Rayongewebe nicht etwa die Schweiz, sondern voraussichtlich Großbritannien dank der Empire-Zollpräferenzen der Hauptnutznießer sein werde. Schneller als erwartet hat sich nun die indische Regierung entschlossen, den Importeuren Globalquoten für die Einfuhr von Seiden-, Rayon- und Baumwollgeweben zu eröffnen. Die Lizenzen können zur Einfuhr aus sämtlichen Weichwährungsländern benützt werden. Gleichzeitig wurden die Zölle für Rayon-, Baumwoll- und Mischgewebe von durchschnittlich 75 auf 100 Prozent vom Wert erhöht. Werden reine Rayongewebe aus Großbritannien eingeführt, so entrichten sie nur einen Zoll von 80 Prozent. Die Zukunft wird zeigen, wie weit es den übrigen europäischen Exportländern gelingt, diesen Preisvorsprung Englands zu überwinden. Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exporteure von Rayongeweben wird einerseits durch die hohen schweizerischen Farblöhne, die trotz weitgehendem Entgegenkommen von seiten unserer Färbereien immer noch über denjenigen des Auslandes liegen, und andererseits durch den Umstand beeinträchtigt, daß in Italien und England noch große Lager an billigem Rayon-Crêpe-de-Chine vorhanden sind, die zweifellos auf die indischen Ankaufspreise drücken werden. Die Schwierigkeiten, denen sich unsere Exporteure gegenübersehen, sind ein Beispiel dafür, daß unter Umständen ein bilateral vereinbartes Kontingent Absatzmöglichkeiten eröffnen kann, die üblicherweise gar nicht ausgeschöpft werden könnten. Immerhin ist zu hoffen, daß es der Schweiz gelingt, auch einige hochwertige Artikel zulasten der neuen Einfuhrquoten nach Indien zu liefern und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf einem Gebiete unter Beweis zu stellen, auf dem sie dank des hohen Lohnniveaus und der Qualität ihrer Arbeit leistungsfähig ist.

Anfangs April finden neue Vertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei statt. Bisher waren die schweizerischen Ausfuhrkontingente allgemein zu 40 Prozent freigegeben; doch wurden unsere Gewebekontingente von den Tschechen nur zu 2 Prozent ausgenützt. Es zeigt sich somit erneut, daß die vertragliche Festlegung von Ausfuhrkontingenten allein nicht genügt, um die staatlichen Einfuhrorganisationen in den Oststaaten zu veranlassen, ihren vertraglich vereinbarten Abnahmeverpflichtungen nach-

zukommen. Dies läßt sich nach unserer Auffassung nur erzwingen, wenn die schweizerische Ein- und Ausfuhr so gelenkt wird, daß es auch dem Vertragspartner bewußt wird, daß man sich schweizerischerseits nicht alles gefallen läßt. Viel eher als die Ueberwachung der Preise in der Schweiz scheint uns die Festlegung von Einfuhrkontingenten für tschechische Textilien geeignet, die notwendigen Druckmittel zu schaffen.

Zur Abwehr der japanischen Konkurrenz wurden von der südamerikanischen Republik Peru die Zölle auf Rayongeweben beträchtlich heraufgesetzt. Die neuen Zollansätze gelten indessen nur für Länder, die dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) nicht angeschlossen sind oder mit Peru keinen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen haben. Wie sich nun herausstellt, trifft letzteres auf die Schweiz zu, so daß auch unsere Gewebe von diesen Zollerhöhungen betroffen werden, nicht aber die Erzeugnisse der übrigen europäischen Länder, die bekanntlich alle Mitglieder des GATT sind. Es ist erstaunlich, daß die Schweiz es bis jetzt nicht für nötig gefunden hat, mit einem so wichtigen aufstrebenden Handelspartner in Südamerika, wie ihn Peru darstellt, einen Zollmeistbegünstigungsvertrag abzuschließen. Die Zentralkommission der Seiden- und Rayonindustrie hatte seinerzeit die Behörden mit Nachdruck ersucht, unverzüglich eine «good will mission» nach Südamerika zu schicken, doch wurde dieses Begehren bis jetzt immer ausweichend beantwortet. Es wäre äußerst wertvoll, wenn diese Mission wenigstens mit sämtlichen bereiten Ländern Meistbegünstigungsverträge abschließen könnte, damit solch unliebsame Ueberraschungen nicht mehr entstehen. Fast will uns scheinen, man müßte zuerst bei der Handelsabteilung in Bern eine «good will mission» zur besseren Berücksichtigung der Exportinteressen der schweizerischen Textilindustrie in Südamerika durchführen. ug.

Zahlungsunion und Konvertibilität. — Endlich ist über die Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion, deren Gültigkeitsdauer in knapp drei Monaten abläuft, ein positiver Entscheid gefallen. Die handelspolitische Diskussion der letzten Tage war von einer eigentlichen Konfusion beherrscht, aus der Begriffe wie Konvertibilität der Währungen und Krise der Liberalisierungspolitik heraustönen. Die Ungewißheit über die Fortführung der Zahlungsunion war wohl hauptsächlich deshalb entstanden, weil man sich über den eigentlichen Zweck dieser Institution nicht Klarheit verschafft hatte. Ausweitung des Güteraustausches durch eine sich immer steigende Liberalisierung des

Außenhandels erschien am Anfang als das erstrebenswerte Ziel. Nur allzuleicht wurde aber vergessen, daß die Liberalisierungspolitik für ein Land nur tragbar ist, wenn es über eine möglichst starke Währung verfügt, was wiederum eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik voraussetzt. Frankreich und England sind hierfür sprechende Beispiele. Während man sich in London mit einigem Erfolg durch entsprechende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik bemüht, die Devisenbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen, zeichnet sich in Frankreich immer noch keine Hoffnung ab, in absehbarer Zukunft aus dem Rückfall in die Importrestriktionen herauszukommen.

Nach den Enttäuschungen, die man bei der Liberalisierungspolitik erfahren hat, versuchte man, sich an einem neuen Schlagwort zu orientieren: *Konvertibilität* der Währungen, d. h. freie Umtauschbarkeit, im besondern des Pfundsterling gegen Dollar, soweit es sich um Warentransaktionen handelt. Vor allem in England wird großes Gewicht auf die baldige Verwirklichung einer derart beschränkten Konvertibilität des Pfundes gelegt. Bis in die letzten Tage war man in London gewillt, zur Erreichung dieses Zieles selbst erhebliche Einfuhrbeschränkungen in Kauf zu nehmen. Denn, wenn ein Land mit beschränkten Devisenreserven seine Währung frei gegen Dollar eintauschen läßt, sind Importeinschränkungen das einzige Mittel, um ein automatisches Absinken des Wechselkurses zu verhindern.

Auf diese Zusammenhänge hat Dr. A. Jöhr an der letzten Generalversammlung der Kreditanstalt mit besonderer Deutlichkeit hingewiesen. Noch immer werde der internationale Austausch von Gütern und Kapitalien durch die Devisenzwangswirtschaft gehemmt. Aus diesem Prokrustesbett beengender staatlicher Vorschriften und Kontrollen herauszukommen und zu einem Zustand zu gelangen, in dem die einzelnen Währungen frei gegeneinander austauschbar sind: das sei es, was der Welt nütze. Es wäre aber grundfalsch, so führte Dr. Jöhr aus, wollte man die Devisenkontrollen kurzerhand über Bord werfen und die Währungen völlig sich selber überlassen. Da vielfach die Devisenkassen leer sind und die internationalen Kredite nur spärlich fließen, müßte eine völlige Freigabe der Zahlungen von Land zu Land zum Absinken der freigebenen Währungen führen. Um dem entgegenzuwirken, würde man wohl die Importe aus Ländern mit harter Währung (USA, Schweiz!) drosseln; man hätte sich damit zwar der Devisenkontrolle entledigt, aber um einen Preis, der im direkten Gegensatz zum eigentlichen Zweck der Konvertibilität stünde, denn dieser besteht ja gerade darin, auf dem Gebiete des internationalen Geldwesens Verhältnisse zu schaffen, die eine gedeihliche Entfaltung des Welthandels und eine rationelle zwischenstaatliche Arbeitsteilung ermöglichen. Dazu aber braucht es stabile Wechselkurse und einen Zustand, bei dem der Markt und nicht der Staat den Umfang und die Richtung des Außenhandels bestimmt. Die Konvertibilität dürfe daher stets nur Mittel zum Zweck sein, d. h. sie soll eine möglichst freie Entfaltung des internationalen Austausches von Gütern und Leistungen aller Art ermöglichen.

Die reservierte Haltung Londons gegenüber der Zahlungsunion war zweifellos auf diese Zusammenhänge zurückzuführen. Nachdem England erfreulicherweise in die weitere Verlängerung der Zahlungsunion eingewilligt hat, sah es sich konsequenterweise auch genötigt, seine *Einfuhrbeschränkungen wesentlich zu lockern*, was vor allem Frankreich zugute kommt und Italien vor dem Rückfall in die Einfuhrkontrolle bewahren wird. Die dadurch bewirkte Verlangsamung im Wiederaufbau der britischen Währungsreserven hat indessen für die englische Regierung die unerwünschte Nebenwirkung, daß die Konvertierbarkeit des Pfundes auch außerhalb des Sterlinggebietes und der Zahlungsunion wesentlich hinausgezögert wird. Der freie Austausch des Pfundes gegen Dollar würde nämlich erlauben, die Stellung Londons als internationalen

Handels- und Finanzplatz wieder zu stärken. Dies ist nicht nur von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung wegen der Devisenverdienstmöglichkeiten des Transithandels, sondern auch von großer politischer Tragweite.

Zweifellos mögen für das englische Einlenken auch außenpolitische Rücksichten maßgebend gewesen sein. Sodann sichert sich Großbritannien durch seine weitere Mitarbeit in der Zahlungsunion offene Türen für seinen Export nach dem Kontinent. Besondere Genugtuung empfindet man über die günstige Wendung in unserer Textilindustrie, sind doch die überaus lästigen Einfuhrbeschränkungen für Garne und Gewebe in England weggefallen.

Das Direktorium der Zahlungsunion ist sich der Gefahren bewußt, die eine übertriebene Politik der Liberalisierung à tout prix in sich schließt. Die freie Konvertierbarkeit der Währungen erscheint auch ihm als erstrebenswertes Ziel, doch soll dieses Hand in Hand mit weiteren Lockerungen des Außenhandels schrittweise und gemeinsam von der Mehrzahl der OECE-Länder erreicht werden. Erfreulicherweise ist es nun in Paris gelungen, zwischen den englischen Sonderwünschen und den letzten Endes auf das gleiche Ziel zustrebenden Ansichten der OECE-Länder des Kontinents einen tragbaren Ausgleich zu finden.

Damit sind aber die *Probleme der europäischen Wirtschaft noch nicht gelöst*, denn auf die Dauer kann auch die Zahlungsunion nicht alle Schwierigkeiten überwinden, denen die europäische Wirtschaft unterworfen ist. Die innere Wirtschaft der europäischen Länder muß ins Gleichgewicht gebracht werden, d. h. es darf nicht mehr konsumiert werden, als produziert werden kann; die Staatsfinanzen müssen geordnet sein und die Investitionen aus den laufenden Ersparnissen finanziert werden. Sodann muß die maßgebende Gläubigernation der Erde, die USA, auch eine ihrer Stellung angemessene Handelspolitik betreiben, wie die Schweiz heute und England vor dem ersten Weltkrieg: freie Einfuhr bei möglichst geringen Zöllen! Auch hier gilt wieder der modern abgewandelte alte Spruch: Es führen alle Wege nach Washington! ug.

Einfuhr von Textilien aus den Oststaaten. — Die von der Handelsabteilung auf Wunsch der interessierten Textilkreise veranlaßte Preisüberwachung der Importe von Baumwoll- und Wollgeweben, Konfektions-, Wirk- und Strickwaren aus den Oststaaten, Oesterreich und Israel ist im schweizerischen Blätterwald auf scharfe Kritik gestoßen. Diese wirtschaftspolitische Maßnahme ist in ihrem Grundgedanken sicher gerechtfertigt, denn der schweizerische Textilexport nach den Oststaaten begegnet mehr denn je den größten Schwierigkeiten, da sich die betreffenden Länder nicht um die Einhaltung ihrer handelsvertraglichen Verpflichtungen kümmern. Es ist aber auch begreiflich, daß sich die betroffenen Textilkreise daran stoßen, daß in einem Zeitpunkt Dumping-Importe aus dem Osten zugelassen werden, in dem die schweizerische Textilindustrie ihre Betriebskapazität bei weitem nicht voll ausnützen kann.

Grundsätzlich falsch war es aber, diese Preisüberwachung verheimlichen zu wollen, denn dadurch wurde zahlreichen Gerüchten und unrichtigen Kommentaren Vorschub geleistet, die der Sache nur schaden konnten. Die verschiedenen Mängel einer Preisüberwachung, die von der Presse mit Recht gerügt wurden, lassen indessen die Frage aufwerfen, ob nicht ein anderer Weg besser zum Ziele geführt hätte. Die Preisüberwachung wäre wohl zweckmäßiger durch eine Kontingentierung der Einfuhr ersetzt worden, um so mehr, als die getroffenen Maßnahmen nicht zuletzt auch als Vergeltung gegen die Nichteinhaltung der Verträge durch die Ostländer gedacht sind.

Die Preisüberwachung der Ostlieferungen auf Dumping-Charakter ist außerordentlich schwer durchzuführen und dürfte Willkür nicht ganz ausschließen. Es ist denn auch annähernd gegen jede Ablehnung von Einfuhrgesuchen durch die Textiltreuhandstelle an die Handelsabteilung

rekuriert worden. Es kommt noch hinzu, daß die Ostländer nicht durchwegs selbst verantwortlich sind für die billigen Angebote, indem nicht selten durch schweizerische Exportfirmen dem Importeur Prämien bezahlt werden, um damit die Ostwaren zu verbilligen und für die nötige Clearing-Alimentierung zur Ausführung der Exportaufträge zu sorgen. Auch lassen sich andere als Ostländer aufzählen, die noch billiger liefern, ohne daß sie des Dumpings bezichtigt würden.

Wir glauben, daß im Lichte der gesammelten Erfahrungen eine Ueberprüfung der Textilpreisüberwachung notwendig wird, wobei wir für die Abwehr wirklicher Dumpingeinfuhren und Maßnahmen zugunsten der Einhaltung vertraglicher Abmachungen volles Verständnis haben.

Australien führt Bezeichnungsvorschriften für Import-Textilien ein. — In Australien wurden auf dem Wege zur Durchführung der Bezeichnungsvorschriften für Textilien

weitere Fortschritte erzielt. Nach einer Mitteilung der Zeitschrift «Grazing» hat der Handelsminister die Einführung dieser Bezeichnungsvorschriften für alle importierten Textilien genehmigt. Künftig sollen alle in Australien importierten Textilerzeugnisse mit Angaben über das Herkunftsland und die verwendeten Rohmaterialien versehen sein. Diese Vorschrift soll sowohl für wollene wie auch für nichtwollene Textilien gelten.

Die vorgeschriebene Etikette muß den Wollgehalt des Produktes genau in Prozenten angeben und außerdem die gegebenenfalls weiterhin verwendeten Rohmaterialien in der Reihenfolge des prozentualen Anteils kennzeichnen, doch brauchen diese Prozentsätze nicht gesondert angegeben werden. Eine Unterscheidung zwischen Schur-, Abfall- oder Reißwolle wird jedoch nicht vorgeschrieben.

Bevor das Gesetz in Kraft tritt, sollen die gesetzlichen Bestimmungen der einzelnen Bundesländer auf das neue Bundesgesetz abgestimmt werden.

Schweizerische Textilmaschinen auf dem Weltmarkt

II.

Andere Webereimaschinen. — Die Ausfuhr der unter dieser Bezeichnung in der Zollposition 886 zusammengefaßten Vorwerk-, Schaft- und Jacquardmaschinen usw. ist im letzten Jahre auf 28 437,65 q im Werte von 33 320 447 Franken zurückgefallen, während sie 1951 33 837,92 q und einen Wert von 42 071 356 Fr. erreicht hatte, damals aber schon um rund 3 800 000 Fr. hinter dem Ergebnis von 1950 zurückgeblieben war. Gegenüber 1951 ergibt sich mengenmäßig eine Minderausfuhr von rund 16%, wertmäßig von etwa 20,7%. Das ist ein sehr beträchtlicher Umsatzrückgang.

In Europa steht diesmal Frankreich mit Ankäufen im Betrage von 4 736 000 Fr. an der Spitze der Kundenländer. Großbritannien, welches während den Jahren 1950 und 1951 diesen Platz eingenommen hatte, wurde mit dem Betrage von Fr. 4 623 000 auf den zweiten Platz geschoben. Es folgen:

	mit Fr.		mit Fr.
Italien	3 794 000	Holland	846 000
Deutschland	2 230 000	Portugal	816 000
Belgien/Luxembg.	1 413 000	Norwegen	602 000
Oesterreich	1 410 000	Polen	584 000
Schweden	1 339 000	Finnland	553 000

Rechnet man zu obigen Beträgen noch die Anschaffungen von Dänemark, der Tschechoslowakei, von Spanien und Griechenland mit zusammen 1 065 000 Fr. hinzu, so haben diese Länder im vergangenen Jahre rund 24 000 000 Franken für den Ankauf «anderer Webereimaschinen» in der Schweiz ausgegeben.

Im Nahen Osten hat die Türkei 1 371 000 Fr., Ägypten 358 000 Fr. und Israel 317 000 Fr. für Maschinen dieser Art ausgegeben. Im Fernen Osten ist Indien mit 462 000 Franken zu nennen.

In Nordamerika stellten sich die USA mit Anschaffungen im Werte von 757 000 Fr. an die Spitze, während Kanada und Mexiko zusammen 726 000 Fr. ausgegeben haben.

In Südamerika führt auch hier Brasilien mit 2 212 000 Franken. Argentinien, das bekanntlich die Devisenzuteilungen für die Einfuhr von Maschinen stark gedrosselt hat, ließ doch für 649 000 Fr. herein. Chile, Kolumbien, Peru, Uruguay und Venezuela kauften zusammen für 707 000 Fr., so daß sich für Südamerika eine Summe von 3 568 000 Fr. ergibt, d. h. etwa 10,5% des Ausfuhrergebnisses dieser Zollposition.

In Afrika sind der Kongo, das Kapland und Franz. West-Afrika mit zusammen 450 000 Fr. zu erwähnen. Ferner sei auch Australien mit 613 000 Fr. genannt.

Strick- und Wirkmaschinen. — Unsere Strick- und Wirkmaschinenfabriken erzielten im Jahre 1952 ein prächtiges Ausfuhrergebnis, mit dem sie sicher zufrieden sein werden. Sie konnten die Ausfuhrmenge von 14 064 q auf 16 730 q, also beinahe um 2700 q, steigern und brachten damit den Ausfuhrwert von 28 403 000 Fr. im Vorjahre auf 32 479 000 Fr. im Berichtsjahre. Die Ausfuhrmenge ist um fast 19%, der Ausfuhrwert um gut 14% höher als im Vorjahre.

Der europäische Markt war natürlich auch hier Hauptabnehmer, wobei sich Deutschland mit Anschaffungen im Werte von 6 308 000 Fr. an die Spitze der Kundenländer stellte. An zweiter Stelle folgt Italien mit dem Betrage von 5 426 000 Fr. und dann reihen sich an:

	mit Fr.		mit Fr.
Großbritannien	4 138 000	Belgien/Luxembg.	1 853 000
Frankreich	3 627 000	Tschechoslowakei	1 307 000

Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal, Griechenland, Finnland und Polen kauften zusammen für 1 400 000 Franken derartige Maschinen, so daß die bedeutendsten europäischen Kundenländer mit 24 060 000 Fr. rund 72% des gesamten Ausfuhrwertes dieser Gruppe aufgebracht haben.

Im Nahen Osten kauften die Türkei, Syrien und Libanon zusammen für rund 750 000 Fr.

In Nordamerika sind die USA mit 590 000 Fr., ferner Kanada und Mexiko mit zusammen 300 000 Fr. erwähnenswert. Südamerika scheint gegenüber dem Vorjahre zurückhaltender geworden zu sein. Brasilien haufte für 905 000 Fr., Argentinien für 704 000 Fr., Chile Kolumbien, Bolivien, Ecuador und Peru erwarben zusammen noch für 563 000 Fr.

Nähmaschinen. — Die schweizerische Nähmaschinenindustrie wird vermutlich mit dem Jahresergebnis 1952 viel weniger zufrieden sein. Nach dem gewaltigen Sprung von 1950 auf 1951, mit welchem sie die Zahl der ausgeführten Maschinen von 75 853 auf 110 153 im Werte von 37 575 000 Fr. steigern konnte, folgte nun ein Rückschlag auf 83 343 Maschinen im Werte von 28 368 800 Fr., also beinahe 25%. Immerhin ist das Ergebnis noch um 2 612 000 Franken besser als 1950.

Der beste Kunde der schweizerischen Nähmaschinenindustrie war diesmal die Zollunion Belgien/Luxemburg, die 10 588 Maschinen im Werte von 4 164 000 Fr. abnahm, während Frankreich für 12 271 Maschinen 3 682 000 Fr. zahlte. Es folgen weiter:

Schweden	7976	Maschinen im Werte von 2 560 600 Fr.
Deutschland	3762	» » » » 1 452 400 »
Dänemark	2490	» » » » 784 400 »
Italien	2336	» » » » 763 200 »
Holland	1726	» » » » 603 200 »
Oesterreich	1570	» » » » 548 200 »
Norwegen	1215	» » » » 404 300 »

Großer Beliebtheit scheinen sich schweizerische Nähmaschinen in Afrika zu erfreuen. Algier, Tunis, Franz. Marokko, Franz. West- und Franz. Äquatorial-Afrika, der Kongo und das Kapland führten zusammen 6790 Maschinen im Werte von 2 641 200 Fr. ein.

Der amerikanische Markt war ebenfalls sehr aufnahmefähig. Die USA erwarben 10 509 Maschinen und zahlten dafür 3 399 600 Fr.; Kanada für 5943 Maschinen 1 596 900 Franken.

Die Ausfuhr nach Brasilien ist stark zurückgegangen. Von 28 910 Maschinen im Werte von 11 151 600 Fr. im Vorjahre sank sie im letzten Jahre auf 5679 Maschinen im Werte von 2 180 600 Fr. Erwähnt sei ferner Venezuela mit 624 Maschinen und 204 700 Fr.

Im Fernen Osten war trotz Krieg Indochina mit 1968 Maschinen im Werte von 744 000 Fr. ein recht guter Kunde.

Australien erhielt 726 Maschinen im Werte von 243 000 Franken, Neuseeland bezog 2304 Maschinen und zahlte dafür 817 300 Fr.

Aus aller Welt

Internationale Seidenvereinigung. — Am 16. März trat in Paris unter dem Vorsitz des Präsidenten, Herrn A. Potton, das «Comité Exécutif» der Internationalen Seidenvereinigung zusammen. Alle dem Verband angeschlossenen europäischen Länder waren vertreten, dagegen fehlten Abordnungen aus den USA und Japan. Den wichtigsten Teil der Unterhandlungen beanspruchte die Vorbereitung des internationalen Seidenkongresses, der in den Tagen vom 28. September bis 2. Oktober in Mailand abgehalten wird. Neben der Erledigung der geschäftlichen und Fachangelegenheiten sind Ausflüge nach Treviso, dem wichtigsten Zentrum der italienischen Coconzucht und Seidenspinnerei, und nach Como, dem Mittelpunkt der Seidenweberei vorgesehen. Da es sich bei der Veranstaltung in Mailand um eine solche der Internationalen Seidenvereinigung und nicht nur der italienischen Seidenindustrie handelt, so werden sich die Internationale Seidenvereinigung und, in bescheidenem Maße auch die einzelnen Länder, an der Aufbringung der Kosten beteiligen. Eine eingehende Aussprache fand ferner statt über die in den verschiedenen Ländern unternommenen Werbefeldzüge zugunsten der Naturseide, wobei für die Beschaffung der Gelder die aus Japan stammenden und für die Zukunft zugesicherten Beiträge nach wie vor ausschlaggebend sind. Vorläufig wurden auf Grund der für die Propagandaaktion von den einzelnen Ländern bekanntgegebenen Programme aus den der Internationalen Seidenvereinigung zur Verfügung stehenden Mitteln kleinere Beiträge ausgerichtet.

Ein Kampf Perlon gegen Nylon? — Aus New York wird berichtet: In amerikanischen Fachkreisen betrachtet man mit großem Interesse die Versuche, deutsches Perlon in das Ursprungsland des artverwandten Nylons einzuführen. In einem Fall ist es einer dänischen Strumpffabrik bereits gelungen, Strümpfe aus deutschem Perlon in den amerikanischen Detailhandel zu bringen; gegenwärtig sind Versuche einer österreichischen Firma im Gange, für in Oesterreich erzeugte Damenstrümpfe aus deutschem Perlon hier einen Markt zu finden.

Die Vertreter der dänischen wie auch der österreichischen Fabrik heben in ihrer Reklame hervor, daß der Perlonstrumpf im Gegensatz zu Nylon mehr seidenähnlich

aussehe und auch einen seidenähnlichen Griff habe. Von diesem Reklameschlagwort verspricht man sich deswegen besonders viel, weil die heutigen jüngeren amerikanischen Frauen und besonders auch die Jugend praktisch echte Seidenstrümpfe nie getragen haben.

Andererseits ist man sich darüber klar, daß noch viel Arbeit zu leisten ist, bis Perlonstrümpfe in großen Partien in den gewaltigen amerikanischen Markt für Nylonstrümpfe einbrechen können. Das Haupthindernis in dieser Hinsicht ist in erster Linie der Preis. Während Nylonstrümpfe überall für einen Dollar das Paar zu haben sind, beträgt der Detailpreis für deutsch-dänische Perlons zurzeit noch 1.85 Dollar. Er wird vom Käuferpublikum allgemein als zu hoch empfunden. Niemand leugnet, daß der amerikanische Einfuhrzoll die Perlonstrümpfe verteuert, aber andererseits glaubt man, daß die dem Dollarniveau gegenüber so viel niedrigeren europäischen Löhne zusammen mit verstärkten Bestrebungen, die Produktivität der Erzeugerwerke zu erhöhen, doch wesentliche Preisreduzierungen möglich machen sollten. In den USA hat sich oft genug gezeigt, daß Produktivitätssteigerungen Hand in Hand gehen mit Verbilligung der Ware und besserem Absatz und das beste Mittel sind, um auch Löhne und Gehälter und damit den Lebensstandard zu erhöhen. (Auch hier haben wir wieder die typisch amerikanische Ansicht gewisser Kreise, denen — wie z. B. im Zoll auf schweizerische Uhren — die europäische Produktion einfach ein Dorn im Auge ist! Die gleichen Leute wären auch die ersten, die heftigen Protest gegen die Schweiz erheben würden, wenn endlich ein bescheidener Zollschatz für unsere Strumpfindustrie verwirklicht werden könnte. Die Red.).

Tic.

Ein internationaler Kongreß für synthetische Textilfasern in Paris. — (Real Press). In Paris wird im Juni 1954 ein internationaler Kongreß für synthetische Textilfasern abgehalten werden.

An dieser bedeutsamen Tagung werden sich voraussichtlich alle Hersteller- und Verbraucherländer von synthetischen Fasern, technische Sachverständige und die internationalen Textilorganisationen beteiligen.

Dieser Kongreß soll deshalb veranstaltet werden, um eine enge Zusammenarbeit zwischen Kunstfaser- und Textilindustrie in aller Welt einzuleiten.

Textilproduktion auf erstaunlich gutem Stande

Von Dr. Hermann A. Niemeyer

Arbeitsständiger Rückgang nur 7 Prozent

Erwartungsgemäß ist der Produktionsindex der westdeutschen Textilindustrie (1936 = 100), der im Dezember 1952 rund 146 betrug, im Januar 1953 gesunken, und zwar um 7 Prozent auf etwa 136. Erwartungsgemäß, weil die

ungewöhnliche Konjunktur des letzten Quartals des verflossenen Jahres mit einem durchschnittlichen Produktionsindex von fast 155 sich unmöglich fortsetzen konnte. Ja, man darf erstaunt sein, daß der Januar mit einem Ergebnis von 136 aufgewartet hat. Damit lag die Erzeu-